

**Bitte vor dem Ausfüllen kopieren und weiterverbreiten!
Die Unterschrift erst vor dem Beamten leisten (ist Vorschrift).
Amtlichen Lichtbildausweis mitnehmen.**

Bitte dieses Feld für Prüfvermerke der Bundeswahlbehörde freihalten!

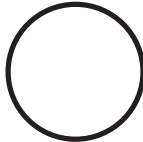
Unterstützungserklärung

Der (Die) Gefertigte unterstützt hiermit den Antrag auf Einleitung des Verfahrens für ein Volksbegehren betreffend folgende, durch Bundesgesetz zu regelnde Angelegenheit:

[Volksbegehren]	[Allfällige Kurzbezeichnung]													
AUSTRITT aus der Europäischen Union														
Stark unrandeter Bereich vom (von der) Unterstützungs-willigen auszufüllen!	Vor- und Familienname des (der) Unterstützungswilligen													
	<table border="1"> <tr> <td>Wohnort</td> <td>Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)</td> </tr> <tr> <td></td> <td> <table border="1"> <tr> <td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td> </tr> </table> </td> </tr> </table>	Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)		<table border="1"> <tr> <td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td> </tr> </table>									
Wohnort	Geburtsdatum (Tag, Monat, Jahr)													
	<table border="1"> <tr> <td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td><td> </td> </tr> </table>													
Raum für allfällige gerichtliche oder notarielle Beglaubigung der nebenstehenden Unterschrift	Eigenhändige Unterschrift													

Bestätigung der Gemeinde

Die nachstehende Gemeinde bestätigt, dass der (die) Unterstützungswillige in der Wählerevidenz eingetragen ist und das 16. Lebensjahr vollendet hat und in dieser Gemeinde den Hauptwohnsitz hat.

Stark unrandeter Bereich von der Gemeindebehörde auszufüllen (Zutreffendes anzukreuzen)!	Gemeinde		
	Politischer Bezirk, Verwaltungsbezirk, Statutarstadt, Wiener Gemeindebezirk	Land	ggf. Sprengel Nr.
	Die eigenhändige Unterschrift auf der Unterstützungserklärung		
	<input type="checkbox"/> wurde vor der Gemeindebehörde geleistet.	<input type="checkbox"/> war gerichtlich beglaubigt.	<input type="checkbox"/> war notariell beglaubigt.
	Datum (Tag, Monat, Jahr)	Gemeindesiegel	Unterschrift
			

**Bitte nach Bestätigung durch Gemeinde/Magistrat dieses Original einsenden an
Initiative für mehr direkte Demokratie, PF 21, 1108 Wien
(Zusendung per Fax oder E-Mail wird aus rechtlichen Gründen leider nicht anerkannt.)**



Überparteiliches Volksbegehren für den AUSTRITT aus der EU zur Rettung der Lebensgrundlagen Österreichs

Volkswirtschaft

Heimische Betriebe mit einem Bezug zur Bevölkerung haben in einem übernationalen System immer weniger Chancen. Durch die EU-Mitgliedschaft kann Österreich keine Handelsverträge (die zum Schutz der Volkswirtschaft notwendig sind) mehr abschließen; die gesamte Handelspolitik ist „ausschließlich Angelegenheit der EU-Zentralstellen“. Eine echte Alternative zur EU ist die EFTA. Heute gibt es vier Mitgliedsstaaten: die Schweiz, Norwegen, Island und das Fürstentum Liechtenstein. Sie haben Abkommen mit den mitteleuropäischen Ländern, den Mittelmeerstaaten, aber auch mit den südamerikanischen und asiatischen Ländern. Die EFTA strebte nie einen politischen Staatenbund an und war strikte gegen das Prinzip der Supranationalität, im Gegensatz zur EU. Die Mitgliedsstaaten vereinbarten einen stufenweisen Abbau der Zölle auf Industrieprodukte, ohne dabei ihre Souveränität aufzugeben. Die EFTA wollte nie einen gemeinsamen Markt etablieren, sondern nur den Freihandel regulieren – auf der Basis des Handels unter fairen Bedingungen der Konkurrenz. Jeder Staat hat seine eigenen Zolltarife gegenüber Drittländern und seine eigene Wirtschafts- und Währungspolitik. Die Landwirtschaft und der Arbeitsmarkt sind vom Freihandel ausgenommen. Für die Schweiz hat die EFTA eine besondere Bedeutung, da sie der Sicherheit der Selbstversorgung sorgt und es möglich macht, über den eigenen Ernährungsbedarf selbst entscheiden zu können. Ein Weg, den auch Österreich (wieder) gehen sollte.

Sozialstaat

Das oberste Prinzip der EU, die so genannten „Freiheiten des MARKTES“, nämlich die uneingeschränkte, grenzenlose Warenverkehrsfreiheit, Niederlassungsfreiheit, Dienstleistungsfreiheit und Arbeitnehmerfreizügigkeit, sowie – am wichtigsten für die Konzerne – die Kapitalverkehrsfreiheit, ermöglichen eine auf Profitmaximierung ausgerichtete Politik, die den meisten Menschen enorm schadet und vom europäischen Gerichtshof (EUGH) seit Jahrzehnten rigoros durchgesetzt wird. Für Sozialpolitik war und ist darin kein Platz. Steigende Arbeitslosigkeit, real sinkende Pensionen und immer größer

werdende Kluft zwischen Arm und Reich belegen dies.

Neutralität

Neutralität bedeutet, dass der neutrale Staat eine eigene Außenpolitik betreibt (so wie die Schweiz), die sich strikt von jedem Militärpakt fernhält und damit dem Frieden dient. Durch die EURO-Armee jedoch, an der auch Österreich beteiligt ist, ist die EU selbst ein Militärpakt. Dazu kommt ihre starke Nähe zur NATO; der Großteil der EU-Staaten ist auch NATO-Mitglied, vor allem die großen EU-Staaten. Im neuen „sicherheitspolitischen Konzept“ der österreichischen Bundesregierung wird demnach auch eine stärkere Einbettung Österreichs in internationale „Sicherheits-Strukturen“ vorgesehen und eine Betonung der NATO sowie der Beistandspflicht und der Teilnahme an Kampfeinsätzen. Der Vertrag von Lissabon verpflichtet uns zur ständigen Verbesserung der militärischen Fähigkeiten (Aufrüstungsverpflichtung) und gegebenenfalls zu Kampfeinsätzen, die auch Missionen „zur Bekämpfung des Terrorismus“ sein können. Die Terrorismusbekämpfung gestaltet sich gegebenenfalls zu Angriffskriegen auf der ganzen Welt.

Gentechnikfreiheit

Aufgrund der vorgeschriebenen „grenzenlosen Marktfreiheiten“ ist es einem EU-Mitglied nicht möglich, Importe von genmanipulierten Futtermitteln, „Industriekartoffeln“ oder Fertigprodukten mit genmanipulierten Inhaltsstoffen zu verhindern. Diese kommen damit in den Nahrungskreislauf, selbst wenn in Österreich kein genmanipuliertes Saatgut angebaut wird. Zu verhindern ist dies nur, wenn Österreich seine Lebensmittelgesetze wieder selbst bestimmen und an den Grenzen kontrollieren kann, was importiert wird.

Eigene Währung

Die Internationalisierung der Landeswährungen funktioniert nicht und ist ein wesentlicher Mitverursacher der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftsprobleme. Die Übernahme der Defizite von finanzinstabilen Ländern durch finanzstabile, die Grundlage des EURO, macht alles nur noch schlimmer. Bei einem Austritt aus der EU könnte Öster-

reich wieder seine eigene Währung aufbauen und damit auch der Teuerung entgegenwirken.

Landwirtschaft

Die EU zwingt uns eine industrielle Lebensmittelproduktion in Großbetrieben auf und vernichtet unsere kleinräumigen, auf Familienbetrieben aufbauenden Strukturen, die auf regionale Bedürfnisse von Natur, Mensch und Tier Rücksicht nehmen können. Die Bauern befinden sich in Abhängigkeit vom globalen Marktpreis und den EU-Förderungen. Selbst bei gutem Willen sind unsere Politiker und Bauernvertreter innerhalb des EU-Gefüges dem gegenüber völlig hilflos. Aktuelles Beispiel: Schließung vieler Schlachträume, weil die Auflagen der EU eine Weiterführung verunmöglichen. Dies betrifft nicht nur bäuerliche, sondern auch gewerbliche Unternehmen.

So können Sie das Volksbegehren unterstützen:

1. Mit der umseitigen Unterstützungs-Erklärung und einem amtlichen Lichtbildausweis (Pass, Personalausweis, Führerschein) zu den üblichen Parteienverkehrszeiten in das Gemeindeamt bzw. Magistrat Ihres Hauptwohnsitzes gehen.
2. Dort die mitgebrachte Unterstützungs-Erklärung vor dem Beamten unterschreiben und nach erfolgter Bestätigung durch die Behörde die Unterstützungserklärung wieder umgehend an uns retour senden.

Zur gültigen Unterzeichnung von Volksbegehren sind alle österreichischen Staatsbürger berechtigt, die das 16. Lebensjahr vollendet haben. Jedes Volksbegehren darf nur einmal unterschrieben werden. Sobald mindestens 8.032 (ein Promille der Gesamtbevölkerung) gültige Unterstützungs-Erklärungen vorliegen, wird vom Innenministerium die sogenannte öffentliche Eintragungswoche, das eigentliche Volksbegehren, in ganz Österreich anberaumt.

Der überparteilichen Plattform EU-Austritt gehört auch die **Initiative für mehr direkte Demokratie** an.

Kontakt: Tel.: 0650 7362200,

E-Mail: helmutschramm@gmx.at,

www.eu-austritt.blogspot.com